
SWV – Gleiches Recht für alle, faire Regeln für Sharing Economy

- **Gleiche Standards für alle Sharing-Economy-Modelle**
- Stopp der Unterwanderung von Arbeitsrecht und Gewerberecht
- Heimische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb schützen
- Gewerbeordnung entrümpeln: frische Luft für neue Ideen hereinlassen

Christoph Matznetter, SWV-Präsident und WKÖ-Vizepräsident

Katarina Pokorny, SWV-Vizepräsidentin und SWV-Bundesspartenvorsitzende für Transport und Verkehr

Auch wenn die „Sharing Economy“ allgegenwärtig zu schein mag, so sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch lange nicht geklärt, denn die Grenzen zwischen Gesetzgebung und realem Unternehmensalltag driften in der neuen „Ökonomie des Teilens“ weitgehend auseinander.

Sharing Economy stößt Politik und Wirtschaft vor den Kopf

Zwar sind diese Entwicklungen nicht neu, denn Nachbarschaftsgärten, Car- und Food-Sharing Angebote, City Bikes, oder auch öffentliche Büchereien kennt jeder. Aber mit dem Trend „teilen statt besitzen“, der sich ausgehend von den USA schon seit 2008 um den Globus verbreitet, entsteht auch eine wachsende kommerziell geprägte Sharing Economy, die vor allem Politik, Unternehmer- sowie ArbeitnehmervertreterInnen massiv vor den Kopf stoßen.

Alleine in Wien bietet der größte Anbieter von privater Unterkunftsvermietung derzeit rund 5.600 Angebote auf seiner Plattform an. Das ist ein Anstieg um über 300 Prozent in 1,5 Jahren, rund 70 Prozent der Angebote umfassen ganze Unterkünfte, nur knapp 2 Prozent Gemeinschaftszimmer.

Es ist ein erfolgreiches Konzept. Und alles ganz legal. Oftmals lässt sich dann nicht mehr klar feststellen, wie legitim das Ganze ist. Aufgrund der fehlenden Rechtssicherheit herrscht in der Politik und in der Wirtschaft eine regelrechte Ohnmacht, wie man der Sharing Economy Herr werden soll.

Sharing Economy ja, aber nicht um jeden Preis

Seit die Stadt Wien angekündigt hat, mit schärferen Regeln gegen Unterkunftsvermietungsplattformen wie Airbnb, 9flats und Wimdu vorzugehen, kommt Bewegung in die Debatte. Katarina Pokorny, SWV-Vizepräsidentin und SWV-Bundesspartenvorsitzende für Transport und Verkehr, wertet das Vorhaben „als ein

begrüßenswertes Zeichen, sich nicht weiter vom Gängelband internationaler Konzerne führen zu lassen und rigoros gegen unlautere Wettbewerbsmethoden vorgehen zu wollen“, sie warnt aber auch vor den Schwierigkeiten, die die Wirtschaft in den anderen Branchen betreffen könnten. Diesbezüglich plant die EU-Kommission einheitliche Regeln, die diese Tätigkeiten teilweise komplett freigeben würden.

„Sharing Economy ja, aber nicht um jeden Preis“ sagt sie. Sie gänzlich zu verurteilen, ist sicher der falsche Weg“, meint Pokorny, aber „einfach nur zuschauen, Airbnb, Taxi Uber und Co. ihren freien Lauf lassen und gleichzeitig heimische EPU und KMU täglich mit neuen gesetzlichen Auflagen zu karnifeln, sehe ich als verantwortungslos.“

Gleiches Recht für alle Sharing-Economy-Modelle

Denn egal ob Taxibestellung, Paketzustellung, oder Hotelbuchung via App oder Online-Plattform, dahinter steht immer eine gewerbliche Tätigkeit, die an einen Rechtsrahmen gebunden ist, auch wenn sie sich als ‚Nachbarschaftsmodell‘ tarnt, erklärt Pokorny. „Laut Gewerbeordnung sind nämlich alle Unternehmen, die eine gewerbliche Tätigkeit vorweisen an gesetzliche Vorlagen gebunden. Das bedeutet auch ihre MitarbeiterInnen korrekt zu beschäftigen, Steuern und Abgaben zu entrichtet, sowie sich an gewerberechtliche Bestimmungen wie z.B. Brandschutz, Hygienevorschriften und Arbeitsrecht zu halten“, erläutert Pokorny.

Wichtig ist ihr „gleiches Recht für alle“ zu schaffen. Wenn man gewerberechtliche Standards für Sharing-Economy-Modelle einführen will, dann müssen sie für alle gelten.

Fragwürdige Geschäftskonzepte bei Sharing Economy

Vor allem das Problem der unlauteren Wettbewerbspraktiken wirft man der Sharing Economy vor. Ein fragwürdiges Geschäftskonzept lässt sich zum Beispiel bei einem namhaften Paketdienst feststellen. Über eine Online-Plattform werden Privatpersonen dazu aufgefordert, ohne erforderliche Gewerbeberechtigung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Pro absolvierten Transport und Rückerstattung der Treibstoffkosten verdienen sich registrierte UserInnen ein gutes Zubrot, leider nicht im Wissen darüber, dass sie ihre Einkünfte auch versteuern müssen. In den AGBs wird nämlich nicht darüber informiert, dass man eine Rechnungsnummer braucht und Einkommensteuer sowie SVA-Beiträge bezahlen muss. Denn die Plattform versteht sich lediglich als Vermittler der Dienstleistungen und schiebt somit jegliche Verantwortung auf die NutzerInnen ab.

Allein im Transport und Verkehr können rund 200.000 Jobs verloren gehen

„Ich weiß nicht, wie lange das noch gutgehen wird“, fragt sich die SWV-Vizepräsidentin, „Hier wird offen mit Geschäftsmethoden gearbeitet, die darauf ausgelegt sind, eindeutig Gesetze zu umgehen, um ihre Profite abzusichern.“

Pokorny warnt vor allem vor den Verdrängungen in der Transport- und Verkehrsbranche: „Wenn die Sharing Economy weiterhin in unregelte Bahnen stattfindet, gefährden wir den Zusammenbruch ganzer Branchen. Allein im Transport und Verkehr hängen rund 200.000 Jobs davon ab.“

Heimische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb schützen

Traditionelle Gewerbe verändern sich, geraten sogar ins Wanken, erklärt Christoph Matznetter, SWV-Präsident und WKÖ-Vizepräsident. Für ihn ist es vor allem wichtig, heimische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb zu schützen. „Die Gewerbeordnung zu novellieren ist das eine. Das passiert ständig. Eine praktikable Lösungen zu finden, die im Zeitalter der Digitalisierung das wirtschaftliche Nebeneinanderleben zwischen neuen und traditionellen Gewerbeformen ermöglichen, das andere“.

Lösungsorientierte Konzepte gemeinsam erarbeiten

Und hier besteht Handlungsbedarf, so Matznetter, „Es braucht lösungsorientierte Konzepte für alle Branchen, in denen die Sharing Economy arbeitet. Welche das sein können, kann nur im Diskurs mit allen Beteiligten geschehen.“

„Wir müssen daher gemeinsam mit den Sozialpartnern, der Politik, aber auch den Unternehmen, um die es geht, am Verhandlungstisch sitzen und diese Lösungen finden, damit der Standpunkt der Österreichischen Wirtschaft auch klar kommuniziert und vertreten werden kann. Mit der Taktik, sich über die Medien die Fehler des jeweils anderen auszurichten, werden wir nicht weiterkommen. Nur zusammen können praktikable Lösungen für alle entstehen“, ist Matznetter überzeugt.

Wirtschaftliches Nebeneinanderleben zwischen neuen und traditionellen Gewerbe unterstützen

„Klar ist, dass man den Ruf als ewige Blockierer und Reformverweigerer durch Festhalten an den starren Gesetzmäßigkeiten der Gewerbeordnung nicht ablegen werden kann“, erklärt der SWV-Präsident. Trotzdem müsse man sich gut überlegen, „ob man mit den Wölfen tatsächlich mit heulen will“ warnt er vor weitere Gewerbeliberalisierungen, die zulasten vieler kleiner Traditionsbetriebe, aber auch Neuer Selbstständigen und Freiberufler gehen würde.

Daher lautet sein Credo: "Die Gewerbeordnung gehört dringend entrümpelt und Bürokratien abgebaut. Wir müssen die Fenster öffnen und frische Luft für neue innovative, und

wirtschaftsträchtige Unternehmensideen hereinlassen“. Hier sei aber auch die Wirtschaftskammer gefragt, für ihre Mitglieder endlich vernünftige Regelungen zu finden, die das wirtschaftliche Nebeneinanderleben zwischen neuen und traditionellen Gewerbetreibenden ermöglicht, fordert Matznetter.

Gewerbliche Erleichterungen, die zum Wirtschaftsstandort und zur Qualität beitragen

„Wir werden uns jedenfalls für gewerbliche Erleichterungen einsetzen, aber nur, wenn sie zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes und unserer Qualitätsstandards beitragen. Jegliche Maßnahmen die, die Qualität der österreichischen Wirtschaftsbetriebe und ihre gut ausgebildeten Fachkräfte fördern, sind sehr zu begrüßen. Denn sie sind der Garant für eine gute funktionierende Wirtschaft.“

In Bezug auf Sharing Economy betonen Matznetter und Pokorny abschließend noch, „Wir wollen uns nicht gegen neue, moderne Geschäftsmodelle wehren, sondern gemeinsame Antworten auf die Branchenveränderungen durch Digitalisierung finden – im Sinne der gerechten Wettbewerbsbedingungen und des erfolgreichen Wirtschaftens für alle.“

„Wir wollen eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen, die tausende Unternehmen hervorbringt, die etwas gut können und unsere Standortqualität sowie Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Daher müssen wir Innovationen ermöglichen und mit öffentlichen Anreizen auch unterstützen. Denn der Staat ist sowohl ein wichtiger Innovationsmotor, als auch ein Erhalter von gut Bewährtem“, schließen Matznetter und Pokorny.

Tags: SWV / Sharing Economy / Airbnb / Uber / Checkrobin / Unternehmen / Digitalisierung / Gewerbeordnung / Wettbewerb / Wirtschaftsstandort / Matznetter / Pokorny